

"Frieden, Entwicklung und Umweltschutz bedingen einander und sind unteilbar"

(Grundsatz 25 der "Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung", 1992)

Ökosozial: Wann, wenn nicht jetzt?

Warum wir nachhaltige und generationengerechte Politik brauchen.

Florian Leregger, Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUF^WE)

Happy Birthday! Heuer dürfen wir dem Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft zum 25. Geburtstag gratulieren. Seit dem Jahr 1989 hat sich viel geändert. Doch eines blieb seit damals gleich: Das dringende Bedürfnis nach einer nachhaltig gelebten Politik, die soziale Gerechtigkeit, Klima- und Umweltschutz sowie sinnstiftendes Unternehmertum im gleichen Maß forciert. In erster Linie geht es demnach um Entscheidungen, mit denen heutige und nachkommende Generationen künftig keine Probleme haben werden.

Soweit, so gut. Doch was ist heute zu beobachten? In Österreich gelingt es scheinbar nicht, dass sich führende Entscheidungsträger/innen auf eine kohärente Politik im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung einigen. Aufgrund zahlreicher Trends, wie etwa der demographische Wandel, die Ausdünnung ländlicher Regionen, die Verschiebung der Beschäftigungssektoren, das ressourcenintensive Konsum- und Produktionsverhalten sowie die Veränderung des Klimas steht die österreichische Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Dazu zählen insbesondere die langfristige Finanzierbarkeit des bisherigen Pensions- und Gesundheitssystems, der nicht zufriedenstellende Umgang mit natürlichen Ressourcen (z.B. Boden, Wasser), der künftige Erhalt einer multifunktionalen heimischen Landwirtschaft, augenscheinliche Defizite in der Integration von Personen mit Migrationshintergrund, das eklatante Auseinanderdriften von Einkommens- und Vermögensverhältnissen, das sanierungsbedürftige Bildungssystem und auftretende Umwelt- und Luftverschmutzung durch nicht-

nachhaltige Lebensstile (z.B. motorisierter Individualverkehr, Kaufverhalten, Umgang mit Abfall). Ebenso lassen sich Mängel im Steuersystem und fehlende Fairness im Arbeits- und Beschäftigungsbereich festhalten (z.B. hohe steuerliche Belastung des Faktors Arbeit, oftmalige Unvereinbarkeit von Familie und Beruf, Überbeanspruchung durch nicht-nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse).

Kriegerische Konflikte um Ressourcen, politische Machtpositionen und Profite haben erschreckende Auswirkungen auf die Gesellschaften in den jeweiligen Ländern. Neben Armut und Hunger wird traurigerweise immer noch – wie vor 25 Jahren – über mangelnde Bildung, Ausbeutung von Menschen, Chancenungleichheit von Männern und Frauen sowie auftretende Krankheiten (z.B. AIDS, Ebola) berichtet. Speziell Länder des globalen Südens sind davon stark betroffen. Historische Abhängigkeiten von Ländern des Nordens, instabile Regierungssysteme, Korruption, Schattenseiten der Globalisierung (z.B. Land Grabbing, mangelnde Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards), fehlende Marktchancen sowie Sozialsysteme, die mit dem teils rasanten Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten können, hemmen oftmals eine nachhaltige Entwicklung der betroffenen Staaten.

Die Auswirkungen des anthropogen verursachten Klimawandels betreffen in unterschiedlichem Ausmaße die ganze Welt und somit alle Staaten. Vermehrtes Auftreten von Extremwetterereignissen (Unwetter, Trockenheit, Hochwasser), Anstieg des Meeresspiegels, Sterben

von Pflanzen- und Tierarten, Abschmelzen von Gletschern, Ernteeinbrüche in der Landwirtschaft, Auftauen von Permafrostböden, sinkende Funktionsfähigkeit und Stabilität von Ökosystemen (z.B. Gewässer, Böden) sowie verstärktes Ausbreiten von Krankheiten (z.B. Malaria) sind nur einige wenige der bereits beobachtbaren bzw. prognostizierten Phänomene, die uns aufgrund der ausgestoßenen Treibhausgas-Emissionen in die Atmosphäre begleiten. Basierend auf diesen negativen Folgen regional unterschiedlich steigender Temperaturen, erhöht sich das Risiko sozialer Spannungen, politischer Instabilität und gewaltsamer Konflikte. Zusätzlich werden immer mehr Menschen als „Klimaflüchtlinge“ zur Migration gezwungen. Diese Tatsache kann laut zahlreichen Expert/innen zu weltweiten Migrationsströmen und damit zur Überforderung (inter-)nationaler Systeme führen.

Die Zeit ist reif für eine Ökosoziale Marktwirtschaft

In Anbetracht dieser nationalen und globalen Herausforderungen ist die Zeit reif für das Gesellschaftsmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft.

Historischer Überblick internationaler und heimischer Nachhaltigkeitspolitik

Das Prinzip der Nachhaltigkeit wurde das erste Mal im Jahr 1713 vom deutschen Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz in seinem Buch „Sylvicultura Oeconomica oder haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur wilden Baum-Zucht“ niedergeschrieben. Spätestens der Bericht „Grenzen des Wachstums“ vom Club of Rome im Jahr 1972 machte den Begriff in der breiten Öffentlichkeit bekannt. Weitere einflussreiche Arbeiten in der Umweltbewegung stellen bis heute Rachel Carsons „Silent Spring“ (1962), Anne und Paul Ehrlichs „The Population Bomb“ (1968) und Garret Hardins „The Tragedy of the Commons“ (1968) dar. 1987 kam das Prinzip der Nachhaltigkeit mit Hilfe des Brundtland-Berichts „Our Common Future“ von der UN-Weltkommission

für Umwelt und Entwicklung endgültig auf welt-politischer Ebene an. Darin definierte die Kommission nachhaltige Entwicklung als „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigene Bedürfnisse nicht befriedigen können“. Der Bericht gilt aufgrund der begrifflichen Integration der ökologischen Gerechtigkeit als Grundstein künftiger Umweltabkommen. In den folgenden Jahren, insbesondere in den 1990er und den 2000er Jahren, waren große Fortschritte in der globalen Umweltpolitik zu erkennen. Die UN-Konferenz in Stockholm über die menschliche Umwelt und die Gründung des UN-Umweltschutzprogramms UNEP (1972), das Wiener Übereinkommen und Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht (1985/87), die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (1992), die Verabschiedung der Millennium Development Goals (MDGs) im Jahr 2000, der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002) und die UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung Rio+20 (2012) gelten als Meilensteine in der internationalen Nachhaltigkeitspolitik.

Auch in Österreich gab es bereits früh zivilgesellschaftliche und politische Initiativen im Bereich des Natur- und Umweltschutzes. Beispielsweise wurde 1862 der österreichische Alpenverein und 1895 die Naturfreunde Österreichs gegründet. Im Jahr 1872 rettete Josef Schöffel den Wienerwald vor der Abholzung und ab den 1960er Jahren entstanden zahlreiche Umwelt-NGOs. In den 1970er Jahren gab es die ersten politischen Versuche auf Bundesebene in Österreich. Nachdem 1972 die Umwelttagenden erstmals im Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz eingerichtet wurden, konnten in den darauffolgenden Jahrzehnten zahlreiche Verbesserungen bei Umwelt, Natur und Klima erzielt werden (z.B. Luftqualität, biologische Landwirtschaft, Gewässerschutz). Nichts desto trotz stehen wir heute – wie bereits beschrieben – vor gewaltigen ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen.

Nach einer fortschrittlichen Phase sind aktuell vermehrt Stillstand und Blockaden in der internationalen Umweltpolitik zu beobachten. Beispielsweise konnten sich die beteiligten Staaten bis dato nicht auf ein Nachfolge-Dokument des Kyoto-Protokolls einigen, der europäische Emissionshandel stockt und die vergangenen UN-Klimakonferenzen (z.B. Kopenhagen, Durban) endeten ohne bedeutende Ergebnisse. Nichtsdestotrotz ruhen die Hoffnungen auf den kommenden UN-Klimakonferenzen in Lima 2014 (COP 20) und in Paris 2015 (COP 21) sowie auf der Ausarbeitung der Nachfolgeziele der MDGs im Rahmen der Post-2015-Agenda.

Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft

Ob in Österreich oder über Grenzen hinweg, genau bei bestehenden Herausforderungen setzt das Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft an. Es versteht sich dabei als Zielvorstellung für eine nachhaltige Entwicklung und wurde in den 1980er Jahren in Österreich maßgeblich geprägt. Josef Riegler, damaliger österreichischer Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und späterer Vizekanzler, gilt als einer der „Urväter“ der Ökosozialen Marktwirtschaft. Die Idee versteht sich seit damals als Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft, die im Deutschland der Nachkriegsjahre entwickelt wurde.

„Lebensqualität für alle – heute und morgen“

Der damalige Leitspruch „Wohlstand für alle“ wird heute durch das ökosoziale Motto „Lebensqualität für alle – heute und morgen“ ersetzt. Demnach wird das Modell der Sozialen Marktwirtschaft um den ökologischen Aspekt des Umweltschutzes erweitert.

Bei seinem Amtsantritt als damaliger Landwirtschaftsminister im Jänner 1987 formulierte Josef Riegler neue ökologische, soziale und ökonomische Ziele für eine Umgestaltung der österreichischen Agrarpolitik. Der Begriff „Ökosoziale Agrarpolitik“ war geboren und stand damals für eine moderne Landwirtschaftspolitik. Zwei Jahre

später, im Jahr 1989, wurde das daraus entwickelte ganzheitliche Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft als politischer Ordnungsrahmen für eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung präsentiert. In den darauf folgenden Jahren erlebte das ökologisch-orientierte Modell einen regelrechten Höhenflug in Österreich und Europa. Neben zahlreichen politischen Teilerfolgen besaß das Modell für die damalige Zeit regelrechte visionäre Vordenkerqualitäten. Es gelang die Formulierung eines politischen Programms, das sich in seinen Grundzügen (bis heute) zur Implementierung eignen würde. Trotz intensiver politischer Überzeugungsarbeit, offensiver Öffentlichkeitsarbeit und inhaltlicher Weiterentwicklungen stieß das damals neuartige Denkmodell allerdings auch auf zahlreiche Skeptiker/innen und harten Widerstand. Mit der Zeit wurde es jedoch immer stiller rund um die Themen des ökologischen und sozial-basierten Marktmodells.

Um die politische Zielvorstellung weiter voranzutreiben, Multiplikator/innen auszubilden und möglichen Einfluss auf die Politik ausüben zu können wurde 1992 das Ökosoziale Forum Österreich – entstanden aus der Österreichischen Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik – gegründet. 2014 gibt es neben den Ökosozialen Foren Europa und Österreich, Zweigstellen in zahlreichen Bundesländern sowie das Ökosoziale Studierendenforum Österreich. Auch über die österreichischen Grenzen hinweg existieren nationale Foren und regionale Verbände. Das Ökosoziale Forum definiert sich selbst als überparteiliche Plattform und Think Tank und sieht sich dabei als Drehscheibe für ein ökosoziales Handeln und Antriebsmotor zur Bündelung der gemeinsamen Kräfte und Implementierung des Konzeptes. 2003 wurde der erste Versuch zur weltweiten Forcierung der Ökosozialen Marktwirtschaft als Modell einer global nachhaltigen Entwicklung unternommen. Zahlreiche Vertreter/innen aus Wirtschaft, Kultur, Politik, Wissenschaft, Medien und dem NGO-Bereich gründeten die Global Marshall Plan Initiative. Die Botschaft ist bis heute klar: eine fair gestaltete und ökosozial ausgerichtete Globalisierung durch

top-down- und bottom-up-Ansätze in der Politik und Zivilgesellschaft.

Neben aktuellen inhaltlichen Projekten (z.B. ökosozialer Gemeindeglossar und Mobilitätsglossar) fand der letzte große inhaltliche Weiterentwicklungsprozess seitens des Ökosozialen Forums Österreich im Jahr 2009 statt. Damals einigten sich die verantwortlichen Akteur/innen in einem wissenschaftlich fundierten Programmpapier auf die folgenden 10 Handlungsfelder, in denen sie zahlreiche konkrete Maßnahmen vorschlugen:

- Globale Gerechtigkeit,
- Ressourcen- und Energiepolitik,
- Mobilität,
- Innovation,
- UnternehmerInnentum,
- Arbeit und Beschäftigung,
- Soziale Gerechtigkeit,
- Bildung,
- Migration und Integration,
- Abgabensystem.

Zusätzlich gibt es zahlreiche Überlegungen im Bereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft.

Ökosozialer Konsens in der österreichischen Politik

Werden die Parteiprogramme, Grundsatzwerte, veröffentlichten Papiere und Aussendungen von lokalen, regionalen und nationalen Parteigruppierungen sowie die Aussagen einzelner Politiker/innen auf den unterschiedlichsten Ebenen des Landes betrachtet, so ist parteiübergreifend oftmals von „Nachhaltigkeit“, „Klima-, Natur- und Umweltschutz“, „Balance zwischen Gesellschaft, Umwelt und Ökonomie“, „ökologisch-soziale Orientierung“ usw. zu lesen.

Seit 1995 ist das Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft im Grundsatzprogramm der ÖVP verankert. Nachdem dieses im kommenden Jahr (2015) überarbeitet wird, bleibt zu wünschen, dass sich die ÖVP auch weiterhin als Partei mit ökosozialen Grundwerten bekennt und diese in ihrer Politik widerspiegelt. Die Grünen verfolgen seit Jahren zahlreiche Ideen, die sich mit den Vorschlägen aus dem Konzept der Öko-

sozialen Marktwirtschaft decken (z.B. ökosoziale Steuerreform). NEOS benennen Nachhaltigkeit sowie die Balance von Wirtschaft, Ökologie und Gesellschaft als einer ihrer Grundwerte. Das Team Stronach formulierte 2013 ihr „Programm für Umwelt, Nachhaltigkeit, Innovation und globale Verantwortung“ und bekennt sich darin ausdrücklich zur Notwendigkeit ökosozialer Rahmenbedingungen. Das aktuelle Parteiprogramm der SPÖ aus dem Jahre 1998 beinhaltet etwa die Forderung nach einer Ökologisierung des Steuersystems und beschreibt die Nachhaltigkeit als Leitlinie für ihr politisches und wirtschaftliches Handeln. Die FPÖ verabschiedete 2011 ihr aktuelles Parteiprogramm, in dem sie sich besonders für den Schutz der natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage ausspricht.

Offenbar gibt es ein öffentliches Bekenntnis zu nachhaltiger und generationengerechter Politik

Offenbar gibt es von allen Parlamentsparteien und deren Entscheidungsträger/innen ein öffentliches Bekenntnis zu nachhaltiger und generationengerechter Politik in Österreich. Doch wo bleiben die politischen Handlungen, die auf ein ernsthaftes Bewusstsein rückschließen lassen? Folgend einige ausgewählte Beispiele in gebotener Kürze. Die Darstellungen erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sollen als Denkanstoß und Diskussionsbeitrag verstanden werden.

Beispiel 1: Ökologische Steuerreform

In Österreich herrscht politischer und zivilgesellschaftlicher Konsens, dass der Faktor Arbeit steuerlich im hohen Ausmaß belastet ist. Die Abgabenlast fällt im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch aus. Deshalb wird seit Jahren vergebens die Entlastung der Arbeitsleistung angestrebt. Doch fehlen bis dato Gegenfinanzierungsmöglichkeiten, die von den politischen Entscheidungsträger/innen im gleichen Maße gestützt werden. Eine Ökologisierung des Steuersystems kann nachweislich zur Budgetkonsolidierung beitragen.

Steuern durch Steuern: „Tax what you burn, not what you earn“

Unter dem Motto „Tax what you burn, not what you earn“ sieht eine ökologische Steuerreform vor, die arbeitsbezogenen Abgaben (z.B. Lohnnebenkosten, Sozialversicherungsbeiträge) zu senken und umweltschädliche Subventionen abzubauen. Im Gegenzug sollen dafür fossile Energieträger und umweltschädliches Verhalten höher besteuert werden. Konkret kann dies durch die Erhöhung von Abgaben, Gebühren und Steuern bei Verkehr, Ressourcen und Energie gelingen (z.B. NoVa, Mautgebühren, MöSt, Energieabgaben, Altlastenbeiträge, Naturschutzabgabe). Ebenso kann die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer und CO₂-Steuer als Gegenfinanzierungsmaßnahme für die Entlastung des Faktors Arbeit herangezogen werden. Wesentlich sind beim „Steuern durch ökologische Steuern“ die Aufkommensneutralität, die Sozialverträglichkeit und die Lenkungswirkungen im Sinne einer doppelten Dividende. Das bedeutet, dass einerseits durch die Internalisierung externer Kosten – also die Bezahlung wahrer Preise – zum Schutz der Gesundheit und Umwelt beigetragen wird. Andererseits wird aufgrund erzielter ökonomischer Effizienzsteigerungen, neu geschaffener Arbeitsplätze (Green Jobs) und dynamischer Innovationsanreize zur positiven Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes beigetragen. Zusätzlich stellen solch marktbasierende Maßnahmen einen geringeren administrativen Aufwand als regulatorische Instrumente dar.

Beispiel 2: Ressourcen- und Energiewende

Der derzeitige Umgang mit natürlichen Ressourcen ist unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit als „bedenklich“ einzustufen. Beispielsweise werden in Österreich täglich rund 22 Hektar Bodenfläche verbraucht (31 Fußballfelder). So werden jährlich 8.000 Hektar an zumeist fruchtbaren Böden für Verkehrs-, Siedlungs- und Industriezwecke versiegelt. Der Wasserfußabdruck einer Österreicherin/eines Österreichers (verbrauch-

tes Trinkwasser plus virtuelles Wasser in der Nahrung und anderen Gütern) beträgt 4.377 Liter pro Kopf und Tag. Das steigende Verkehrsaufkommen führt zu einer Zunahme von Feinstaub- und Stickoxidbelastungen sowie Lärmbelastungen mit hohen externen Kosten für das Gesundheitssystem. Die Treibhausgas-Emissionen (2012: 80,2 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent) liegen höher, als es die Zielwerte im Rahmen des Kyoto-Protokolls erlauben, was wiederum zu hohen Strafzahlungen führt. Demnach zählen die Sektoren produzierendes Gewerbe (29,6 Prozent), Verkehr (26,3 Prozent), Energieaufbringung (16,9 Prozent) und Raumwärme/sonstiger Kleinverbrauch (13 Prozent) zu den Hauptemittent/innen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Lösung zahlreicher Probleme kann der Bereich der nachhaltigen Mobilität darstellen. Die Reduktion der persönlichen Abhängigkeit zum motorisierten Individualverkehr und die Abkehr von verursachten Gesundheitsschäden und Umweltverschmutzung durch fossile Antriebstechnologien sollen dabei im Vordergrund stehen. Mit der Erarbeitung und Umsetzung eines österreichweiten Gesamtverkehrskonzeptes (v.a. sinnvoller Ausbau des öffentlichen Verkehrs, regelmäßige Taktung, zuverlässige Anbindungen im ländlichen Raum) und einem „Österreich-Ticket“, mit dem Personen alle öffentlichen Verkehrsmittel in Österreich nutzen können, kann ein wertvoller Beitrag zu umweltfreundlicher Mobilität geleistet werden. Die Ökologisierung der Pendlerpauschale, die steuerliche Gleichstellung von Dienstwägen, eine höhere Besteuerung des Flugverkehrs, der verstärkter Ausbau von Park-and-Ride-Anlagen und die stärkere Förderung von alternativen Antriebstechnologien tragen ebenso zur Verbesserung bei.

Um globale Temperaturerhöhungen, Umweltverschmutzung und gesundheitliche Belastungen für den Menschen zu stoppen, ist eine möglichst rasch vollzogene Energiewende notwendig. Mit Hilfe einer sogenannten „3 E-Strategie: Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Energiesparen“ kann eine nachhaltige Energieversor-

gung gelingen. Unter den Aspekten der nationalen Energieautonomie und – je nach Standortbedingungen möglichen – dezentralen Versorgungsstruktur könnte die Erhöhung erneuerbarer Energieproduktion durch die Umsetzung eines Klimaschutz- und Energieeffizienzgesetzes mit klaren Verantwortlichkeiten und verbindlichen Zielvorgaben vorangetrieben werden. Die Erhöhung der Gebäudesanierungsrate über steuerliche Anreize und Förderungen könnte ebenso einen wertvollen Beitrag leisten, wie die Festlegung von Ressourceneffizienzstandards im öffentlichen Beschaffungsplan und die effektive Schließung von Stoffkreisläufen durch Re- und Upcycling. Um positive Entwicklungen erzielen zu können ist der Wissenstransfer sowie die Förderung und Ausweitung von Forschungs- und Innovationsleistungen unabdingbar. Österreich erscheint durchaus in der Lage international eine Vorreiterrolle in vielen Bereichen der wissensbasierten Entwicklungen einzunehmen (z.B. Bioökonomie).

Beispiel 3: Kluft zwischen Arm und Reich

Die auseinanderdriftende Kluft zwischen Arm und Reich betrifft nicht nur die Länder im globalen Süden.

Steigende Armutsgefährdung ist auch in Österreich deutlich sichtbar

Das Phänomen der steigenden Armutsgefährdung ist auch in Österreich deutlich sichtbar. Zwischen 953.000 und 1.150.000 Menschen in Österreich sind armutsgefährdet. Ende August 2014 betrug die Registerarbeitslosenquote 7,6 Prozent (Eurostat-Quote: 4,9 Prozent). Dies bedeutet im Vergleich zu den vergangenen Jahren einen deutlichen Anstieg der arbeitslosen Personen im Land, wonach insbesondere Menschen ab 50 Jahren, gesundheitlich beeinträchtigte Personen und Ausländer/innen stark betroffen sind. Zusätzlich sind Vermögens- und Einkommenswerte in Österreich ungleich verteilt. Demnach halten auf der einen Seite die vermögensreichsten 5 Prozent der Haushalte knapp die Hälfte des gesamten Bruttovermögens und auf

der anderen Seite die untere Hälfte der Haushalte 4 Prozent des Bruttovermögens. Diese Entwicklungen sind für den sozialen Frieden nicht förderlich und können künftig zu gesellschaftlichen Spannungen führen.

Um soziale Gerechtigkeit wiederherstellen zu können schlägt das Ökosoziale Konzept beispielsweise die Entlastung des Faktors Arbeit durch die Senkung der Lohnnebenkosten und Sozialversicherungsbeiträge – fokussiert auf niedrige und mittlere Einkommen – vor. Außerdem soll eine zunehmende Progression des Steuersystems bei Senkung der Steuersätze vorgenommen werden. Des Weiteren tragen Maßnahmen, wie etwa die Anpassung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, die Schaffung von Rahmenbedingungen, die den beruflichen Wiedereinstieg vor allem für Frauen erleichtern sowie flexiblere Arbeitsmodelle, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zulassen und oftmals eine höhere Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz zur Folge haben, bei der sozialen Gerechtigkeit im Land zu erhöhen.

Beispiel 4: Qualitatives Wachstum

In Zeiten von Staatsbankrotten, Spekulationsblasen, Bankendebakeln, Unternehmenskrisen, zunehmenden Gewinnprivatisierungen, verstärkter Abwälzung der Verluste auf die Allgemeinheit, Abschwächungen betrieblicher Sozialstandards und Erhöhung der Umweltbelastungen ist das Hinterfragen des bestehenden quantitativen Wirtschaftsparadigmas, in dem Wachstumszwänge und Profitmaximierung dominieren, zwingend notwendig. Vielmehr braucht es qualitatives Wirtschaftswachstum, um positive Effekte für eine möglichst breite Bevölkerungsschicht erzielen zu können. Zu den bedeutendsten Faktoren zählen demnach die Sicherung des materiellen Wohlstandes, die soziale Kohäsion innerhalb der Gesellschaft, die Gesundheit, die Wirtschafts- und Beschäftigungsmöglichkeiten und ein schonender Umgang mit Ressourcen bzw. eine intakte natürliche Umwelt.

Um qualitatives Wachstum erreichen zu können,

Kostenwahrheit, Fairness, soziale Verantwortung, Demokratie, Generationengerechtigkeit und Resilienz

sollten vor allem in wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen auf Mikro-, Meso- und Makroebene das Vorsorge- und Verursacherprinzip sowie Grundsätze der Kostenwahrheit, Fairness, sozialen Verantwortung, Demokratie, Generationengerechtigkeit und Resilienz verfolgt werden. Dazu bedarf es Leitlinien und Rahmenbedingungen, die das Handeln unter ökologischen, sozialen und ökonomischen Standards fordern und fördern. Beispielsweise kann die Entwicklung ökologisch-sozialer Wirtschaftsindikatoren als Ersatz des Bruttoinlandsproduktes zur Wohlstandsmessung positiv zur Zielerreichung beitragen (z.B. Beyond GDP, Ökologischer Fußabdruck, Green Budget).

Vom Wissen zum Handeln

Aktuelle ökologische, soziale und wirtschaftliche Probleme und künftige Herausforderungen sind bekannt. Politiker/innen postulieren stets die Notwendigkeit nachhaltiger Entscheidungen, Handelsketten und Wirtschaftstreibende erkennen die Erfordernis nachhaltiger Produktionsketten und viele Bürger/innen versuchen ihr Leben nach ökologisch-sozialen Grundsätzen bewusst zu leben. Doch wie gelingt es, die ambitionierten Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene bestmöglich zu erreichen?

***„Probleme kann man niemals mit
derselben Denkweise lösen, durch
die sie entstanden sind“
(Albert Einstein)***

Die Antwort auf diese Frage fällt nicht leicht und deckt – möglicherweise utopisch und visionär anmutend – bewusst nur einen Teil der realpolitischen und zivilgesellschaftlichen Situation ab. Klar ist: Für eine nachhaltige Gesellschaftsent-

wicklung müssen Scheuklappen abgelegt werden. „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

Einerseits bedarf es ordnungspolitischer Rahmenbedingungen nach ökologisch-sozial und wirtschaftlich orientierten Richtlinien und andererseits ist das persönliche Handeln jeder Bürgerin und jedes Bürgers notwendig, um die Zukunft nachhaltig mitgestalten zu können. Zukunftsfähige politische Entscheidungen brauchen Langfristigkeit über Partei- und Staatsgrenzen hinweg, somit steht jede politische Ebene in der Verantwortung, um eine positive Entwicklung im Sinne der nachkommenden Generationen vorantreiben zu können.

Autor

Florian Leregger ist Mitarbeiter am Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE) und ehemaliger Vorsitzender des Ökosozialen Studierendenforums Österreich (ÖSSFO).

Literaturhinweise

Andreasch, M., Fessler, P., Mooslechner, P. und Schütz, M., 2013. Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich. Verfügbar: www.sozialministerium.at

Arbeitsmarktservice Österreich, 2014. Die Arbeitsmarktlage Ende August 2014. Verfügbar: www.ams.at

Buczko, C., Giljum, S., Hickersberger, M., Hinterberger, F., Picek, O., Pirgmaier, E., Riegler, K., Schratzenstaller, M., Stocker, A. und Thoman, J., 2010. Ökosoziale Marktwirtschaft für eine zukunftsfähige Gesellschaftsordnung. Wissenschaftliches Hintergrundpapier.

Bundesanstalt Statistik Österreich, 2012. EU-SILC 2011: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Verfügbar: www.statistik.at

Das Neue Österreich und Liberales Forum, 2014. Werte. Verfügbar: www.neos.eu

Die Grünen, 2001. Grundsatzprogramm der Grünen. Verfügbar: www.gruene.at

Freiheitliche Partei Österreichs, 2011. Parteiprogramm der FPÖ. Verfügbar: [ww.fpoe.at](http://www.fpoe.at)

Giljum, S. und Polzin, C., 2010. Globale Effekte einer ökologischen Steuerreform in Europa. Verfügbar: <http://oxford.academia.edu>

Gruber, P., 2007. Nicht-Handeln wird teuer. In: Österreichische Monatshefte 6|07.

Kletzan, D., Köppl, A. und Kratena, K., 2008. Ziele und Optionen der Steuerreform: Optionen für eine Ökologisierung des österreichischen Steuersystems. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.).

Köppl, A., 2009. Ökosteuerreformen – Gestaltungsmöglichkeiten für Österreich. Präsentation im Forum Finanz am 10. Dezember 2009. Verfügbar: www.oekosozial.at

Leregger, F., 2012. Analyse der Ökosozialen Marktwirtschaft. Nachhaltige Entwicklung in der österreichischen Ressourcen- und Energiepolitik. Universität für Bodenkultur Wien. Verfügbar: www.iufe.at

Ökosoziales Forum, 2009. Programm-Papier Ökosoziale Marktwirtschaft. Verfügbar: www.oekosozial.at

Ökosoziales Forum, 2010. Ökologische Steuerstrukturreform als Teil der Budgetkonsolidierung. Verfügbar: www.oekosozial.at

Österreichische Bodencharta 2014. Verfügbar: www.unserboden.at

Österreichische Volkspartei, 1995. Grundsatzzprogramm der ÖVP. Verfügbar: www.oevp.at

Radermacher, F. J. und Beyers, B., 2007. Welt mit Zukunft – Überleben im 21. Jahrhundert. 3. Auflage. Hamburg: Murmann Verlag GmbH, 105-150.

Riegler, J., 2009. Der Blick nach vorn. Heidenreichstein: Janetschek GmbH.

Riegler, K., 2009. Mehr Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Klimaschutz durch eine ökosoziale Steuerstrukturreform.

Schratzenstaller, M., 2011. Realistische Möglichkeiten und notwendige Schritte einer ökologischen Steuerreform in Österreich – Chancen und Gefahren. Präsentation bei „ÖKO_logisch_STEUERN“ am 11. November 2011. Verfügbar: www.oekosozial.at

SERI Nachhaltigkeitsforschungs und -kommunikations GmbH und Ökosoziales Forum,

s.a. Ressourcen- und Energiepolitik. Weniger kann mehr sein.

Sozialdemokratische Partei Österreichs, 1998. Parteiprogramm der SPÖ. Verfügbar: www.spoe.at

Team Stronach, 2013. Umweltprogramm: Programm für Umwelt, Nachhaltigkeit, Innovation und globale Verantwortung. Verfügbar: www.teamstronach.at

Umweltbundesamt, 2013. Klimaschutzbericht 2013. Verfügbar: www.umweltbundesamt.at

Umweltbundesamt, 2014. Treibhausgas-Emissionen 1990-2012 – Überblick nach Sektoren der Klimastrategie.

Vanham, D., 2012. Der Wasserfußabdruck Österreichs: Wie viel Wasser nützen wir tatsächlich, und woher kommt es? In: Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaft, 64, 267-276.

Kontakt

Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung
Tivoligasse 73, A-1120 Wien

Web: www.iufe.at | E- Mail: office@iufe.at

IUFE.AT WIEN
Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung